

Offener Brief an die Landesregierung von Baden-Württemberg

Zur Kenntnis an die Vorstände der unterzeichnenden Kliniken

19.12.2022

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrte Frau Ministerin Olschowski,
sehr geehrter Herr Minister Lucha, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung,

wir erleben in diesen Tagen in den Kinder- und Jugendkliniken landesweit eine Lage, über deren Dramatik wiederholt in den Medien in aller Deutlichkeit berichtet wurde. Die große Zahl akut kranker Kinder, sowie die vielen chronisch kranken Patient*innen bedeuten einen hohen Bedarf an pflegerischen und ärztlichen Maßnahmen. Dieser Bedarf geht über die Grenze dessen hinaus, was unser aktuelles System der stationären Kinder- und Jugendmedizin zu leisten im Stande ist.

Dieser Befund kommt für uns nicht überraschend, denn wir sehen seit Jahren in unserer täglichen Arbeit, wie dieses System kaputtgespart wurde. Im aktuellen System erlös- und gewinnorientierter Fallpauschalen lässt sich mit der Pädiatrie kein Geld verdienen, also werden Ausgaben gekürzt, wo es nur geht. Die Konsequenz dieser Politik sind für uns aber keine roten oder schwarzen Zahlen, die Konsequenz ist, dass wir täglich unserer Verantwortung für die Versorgung der Patienten nicht mehr gerecht werden können. Dringende kinderchirurgische Eingriffe werden verschoben, Kinder warten auf benötigte Therapie. Für uns besteht konkret die Angst, dass wir in überfüllten Notaufnahmen und ohne Aufnahmekapazitäten auf den Stationen die falschen Kinder nach Hause schicken, mit unter Umständen fatalen Konsequenzen - dass eines dieser Kinder morgens nicht mehr aufwacht.

Dazu wollen wir es unter keinen Umständen kommen lassen, aber die Macht, dies zu verhindern, liegt bei Ihnen, den gewählten politischen Vertreter*innen! Wir brauchen eine öffentliche Debatte und politische Gesamtstrategie zur medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg. Es ist nicht zielführend, wenn einzelne Standorte Entscheidungen treffen, ohne die Gesamtversorgung zu berücksichtigen. Dafür brauchen wir Sie als Landesregierung! Die folgenden drei Punkte haben aus unserer Sicht oberste Priorität:

1. Ohne Kinderkrankenpflege geht es nicht: Wir müssen die Position der Fachkräfte in der Pflege substanziell verbessern. Nur so werden wir den Bedarf an stationärer Versorgung in der Kinder- und Jugendmedizin decken können. Dazu gehören die Entlastung von administrativen Aufgaben, bessere Vergütung, ein besserer Personalschlüssel und Entwicklungs- und Aufstiegschancen für Pflegende.
2. Beendigung des Bettenabbaus in den Kinder- und Jugendkliniken: Die Kinder- und Jugendmedizin ist stark abhängig von saisonalen Faktoren und Notfalleinweisungen. Wer in diesem Bereich eine durchschnittliche Auslastung von über 75% fordert (wie aktuell diskutiert!), muss der Bevölkerung auch sagen, dass dann in akuten Notlagen Kinder auf der Strecke bleiben werden. Wie die Feuerwehr auch nicht für ihren Einsatz bezahlt wird, so müssen gerade in der Kinder- und Jugendmedizin Vorhaltekosten ohne Kostendeckung oder Gewinnorientierung finanziert werden.
3. Die Reform des Vergütungssystems ist überfällig. Heutige politische Entscheidungen dürfen nicht auf Berechnungen basieren, die das aktuelle Vergütungssystem zur Basis haben. Wenn wir in fünf Jahren die Pädiatrie zwar auskömmlich finanzieren, aber dann keine Betten und Fachkräfte auf pflegerischer und ärztlicher Seite mehr zur Verfügung stehen, ist keinem geholfen. Das Motto Ihres Koalitionsvertrags, „Jetzt für morgen“, muss hier das Leitmotiv sein.

Wir hoffen sehr, dass unser Anliegen Gehör findet und sich daraus kurz- und mittelfristig konkrete Maßnahmen ergeben. Wir werden weiter unter vollem Einsatz für unsere kleinen und großen Patient*innen kämpfen. Dazu gehört es jetzt, gegen die chronische Unterfinanzierung und Benachteiligung der Kinder- und Jugendmedizin aufzustehen. Wir wünschen uns, dass Sie uns dabei unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen, die Fachärzt*innen und Ärzt*innen in Weiterbildung

der Universitäts-Kinderkliniken
sowie der Kinderkliniken

Tübingen, Ulm, Heidelberg und Freiburg,
Aalen, Baden-Baden, Böblingen, Esslingen, Freiburg (St. Josefskrankenhaus), Freudenstadt,
Friedrichshafen, Göppingen, Heidenheim, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Offenburg,
Pforzheim, Reutlingen, Schwäbisch Hall, Singen, Stuttgart und Villingen-Schwenningen